

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

25.2.1929 (No. 47)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Hauptredaktion
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversen fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verluste übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Süddeutschland)
Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist in der Berichtzeit vom 14. bis 20. Februar immer noch nicht zum Stillstand gekommen; die Neuaufnahmen in die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung waren aber in vielen Bezirken nicht mehr so zahlreich wie in den Vorwochen. Am 20. Februar standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 104 791 Personen (87 789 Männer und 17 002 Frauen), in der Freisenunterstützung 6913 Personen (6110 Männer und 803 Frauen) und in der für die berufsunfähig Arbeitslosen eingerichteten Sonderfürsorge 41 500 Personen (40 766 Männer und 734 Frauen).

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in den drei Unterstützungsarten ist vom 14. bis 20. Februar von 146 176 auf 163 204 um 4,8 v. H. gestiegen; davon waren 134 665 Männer (gegen 127 758 in der Vorwoche) und 18 539 Frauen (gegen 18 418). Auf die Arbeitsämter in Württemberg und Hohenzollern trafen 66 784 Hauptunterstützungsempfänger (gegen 62 267) und auf die Arbeitsämter in Baden 86 420 (gegen 83 909). Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts kamen am 20. Februar auf 1000 Einwohner 30,5 Hauptunterstützungsempfänger gegen 29,4 am 2. Januar, 11,2 am 5. Dezember, 7,0 am 31. Oktober und 4,7 am 1. August.

Trotz des Nachlassens der Kälte konnten im Baugewerbe die Arbeiten noch nicht wiederaufgenommen werden. Der tief gefrorene Boden verhinderte auch die Zangriffnahme und die Wiederaufnahme der Notstandsarbeiten. Trotz des bereits vorhandenen außergewöhnlich hohen Standes an Arbeitslosen aus den Bauberufen meldeten sich immer noch neue Arbeitslose an. Auch in der Ziegelindustrie hat sich die Zahl der Arbeitslosen nochmals um einige Hundert vermehrt. Im Verkehrsgewerbe hat sich die Arbeitslosigkeit ebenfalls noch vergrößert. Lediglich in der Forstwirtschaft konnten die Holzhauserarbeiten teilweise wieder aufgenommen werden. Der Bedarf der Landwirtschaft an qualifiziertem Personal war rege und konnte teilweise nicht befriedigt werden. Mit Rücksicht auf die für die Vermittlung im Militär- und Gastwirtsberufe eine viel stillere Zeit gekommen; die Nachfrage für die Kuraison ist noch recht wenig lebhaft. Die Nachfrage nach Hausangestellten hat sich insbesondere in unterbädischen Bezirken infolge der Grippeerkrankungen sehr gesteigert.

Abgesehen von den wenigen Handwerksberufen, die mit dem durch den Frost verursachten Reparaturarbeiten zu tun hatten, hatte die Kälte auf den handwerklichen und industriellen Arbeitsmarkt den nachteiligsten Einfluß. Einestheils zwangen Ausfälle der Wasserkraft und Kohlenmangel manche Betriebe zur Stilllegung oder Einschränkung, andererseits war es auch die durch die lang andauernde Arbeitsruhe im Baugewerbe eingetretene Absatzflaute infolge des niedrigen Wasserstandes des Rheins zu Einführung von Kurzarbeit in erheblichem Umfang gezwungen. In der Holzindustrie waren es hauptsächlich wieder die Sägewerke, welche durch Entlassungen die Arbeitslosigkeit um mehrere Hundert Mann vermehrten. Auch Möbel- und Baugeschäfte trugen in vermehrtem Maße zur Belastung bei. Im Nahrungsmittelgewerbe war es wieder die badische Tabakindustrie, welche einige Hundert Arbeiterinnen freigesetzte. Das Bekleidungs- und Konfektionsgewerbe hatte eine kleine Besserung zu verzeichnen; in der Schuhindustrie wurden von einem Großbetrieb 200 Arbeitskräfte entlassen.

Ersatzwahlen in Frankreich

Paris, 25. Febr. (Tel.) Im Departement Dordogne wurde gestern der ehemalige Minister und radikale Abgeordnete George Bonnet, der diesen Wahlbezirk bis zum Jahre 1923 in der Kammer vertreten hatte, wieder zum Abgeordneten gewählt. Er erhielt als Kandidat der Vereinigung der Linken 7220 Stimmen gegen den kommunistischen Kandidaten mit 3323 Stimmen. An Stelle des zurückgetretenen wegen Betrugs und Wechselfälschung verhafteten Senats Abts, der die radikale Liste vertrat, wurde im Wahlbezirk Amiens der republikanische Kandidat Bourdeaux gewählt.

England und Ostafrika

London, 25. Febr. (Tel.) Eine Anzahl hervorragender Politiker, darunter Lord Cecil und Lord Reading, veröffentlichten in der „Times“ einen Brief, in dem es heißt: Jegliche Änderung in der britischen Politik in Ostafrika würde so bedeutungsvoll sein, daß sie sich womöglich auf die Unterstützung aller Parteien berufen müßte. Es würde daher empfehlenswert sein, die Frage einem gemeinsamen Ausschuss beider Häuser des Parlaments zu unterbreiten.

Letzte Nachrichten

Die Abfindung der Länder

M. Berlin, 25. Febr. (Priv.-Tel.) Das Reichsfinanzministerium beschäftigt sich in einer Besprechung mit den Angaben der Presse über die beabsichtigte Abfindung der Länder (Regelung der süddeutschen Postabfindung und der Abfindung für den Betriebsmittelfonds, den die preussische Staatsregierung beim Übergang der Staatsbahnen auf das Reich zur Verfügung gestellt hat). Nach diesen Presseberichten soll vorgeschlagen sein, daß das Reich 70 Millionen zur Verfügung stelle. Die Tatsache, daß ein solcher Plan ausgearbeitet wird, wird nicht bestritten, dagegen wird die angegebene Summe für falsch erklärt.

Schiedspruch für die Textilindustrie

M. Berlin, 25. Febr. (Tel.) In den Tarifstreitigkeiten der Textilindustrie ist gestern Abend ein Schiedspruch gefällt worden. Die Verhandlungen wurden geleitet von dem Schlichter des Schlichterbezirks Westfalen, Dr. Brahn, Bergwerksdirektor Dr. Wolff und Polizeipräsident Schödel. Gegenstand der Verhandlung waren Tarifverträge für etwa 200 000 Textilarbeiter in etwa 21 Bezirken, von denen etwa 70 000 teils im Streit standen, teils ausgespart waren. Beide Parteien hatten sich von vornherein damit einverstanden erklärt, die Schiedsrichter der drei Schiedsrichter als bindend und sofort rechtskräftig anzuerkennen, sofern sie einstimmig gefaßt würden. Sämtliche Schiedsprüche wurden einstimmig gefaßt und treten sofort in Kraft. Die Arbeit ist infolgedessen heute wieder aufgenommen worden.

Es wurden Lohnzulagen in Höhe von 3 bis 5 Prozent. Es handelt sich dabei zumeist um zeitlich gestaffelte Lohnzulagen. Die Laufzeit der neuen Verträge bewegt sich zwischen anderthalb und zwei Jahren. Die Parteien kamen dahin überein, daß drei unparteiische Schiedsrichter bei öfter sich ergebenden Unklarheiten endgültig zu entscheiden haben. Ob eine Unklarheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Schiedsgerichts. Damit ist der Rechtsweg ausgeschlossen. Die Verhandlungen dauerten fünf volle Tage, und wurden auch noch am Sonntag bis in die späten Abendstunden geführt.

Der zweite Fernemordprozess

pr. Berlin, 25. Febr. Heute vormittag um 10 Uhr begann vor dem Landgericht Stettin unter außergewöhnlichem Andrang des Publikums und strengen Abwehrmaßnahmen durch die Polizei die neuen Verhandlungen gegen Leutnant a. D. Feine und Genossen, sechs weitere ehemalige Angehörige der Hochseerorganisation und den früheren Amtsvorsteher Administrator Bergfeld wegen des im Juli 1920 beim Ostsee-Ufer in Mittelpommern begangenen Fernemordes. Das erste Urteil sprach für Feines wegen Totschlages eine Strafe von 15 Jahren Zuchthaus, für Ottow 4 Jahre Zuchthaus und für Prabel 3 Jahre Zuchthaus aus. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Wegen eines Formfehlers ist die Sache vom Reichsgericht zu erneuter Verhandlung nach Stettin überwiesen.

Die Lage in Kabul

M. London, 25. Febr. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet aus Peshawar: Der Umstand, daß der deutsche Generalkonsul in Kalkutta, Baron Leopold von Pflessen, sich nach Kabul begeben hat, wo gerade die Abbeförderung der Ausländer im Gange ist, mag zunächst befremden. Aber nach einer Information, die von einem fürzlich aus Kabul eingetroffenen Deutschen stammt, sind Schwierigkeiten zwischen Wada-i-Salao und gewissen Deutschen entstanden, die unter dem alten Regime in der afghanischen Regierung beschäftigt waren. Es scheint Mißverständnisse gegeben zu haben, und bis diese beseitigt sind, ist Wada-i-Salao nicht geneigt, den betreffenden Deutschen die Abreise zu erlauben, weshalb hat sich Baron von Pflessen nach der afghanischen Hauptstadt begeben, um die Sache in Ordnung zu bringen.

M. Re-Delhi, 25. Febr. (Tel.) Sir Francis Pymphrys und die letzten Mitglieder der britischen Gesandtschaft haben Kabul im Flugzeug verlassen und sind bald darauf in Peshawar eingetroffen.

Neuer Kälteeinbruch

M. Berlin, 25. Febr. (Tel.) Der seit gestern früh aufgetretene Kälteeinbruch hat in ganz Deutschland zum Teil zu ganz erheblichen Temperaturrückgängen geführt. In Berlin war die tiefste Temperatur heute früh —10 Grad. Ähnlich lagen die Temperaturen in ganz Mitteldeutschland und Schlesien, wo man überall durchschnittlich 7 bis 10 Grad Kälte maß. Besonders empfindlich macht sich die Kälte in Pommern und Ostpreußen bemerkbar. Dort betrug die Durchschnittstemperatur —20 Grad. Auch das Rheinland, in dem man gestern zum Teil noch Warmgrade messen konnte, hat Temperaturrückgänge zu verzeichnen. Tauwetter herrscht zur Zeit noch in Baden, Württemberg und dem südlichen Bayern. In München und in Karlsruhe wurden 2 Grad Wärme gemessen. In Schlesien und in Mitteldeutschland sind streichweise leichte Schneefälle zu verzeichnen, in Westdeutschland teilweise Regen. Die Temperaturen in Russland sanken bis auf —22 Grad, im nördlichen Schweden sogar bis auf —37 Grad. Stockholm meldet —12 Grad. Auch Westeuropa hat für die nächste Zeit mit neuer Kälte zu rechnen.

M. St. Petersburg, 25. Febr. (Tel.) Im Riesengebirge ist neuer harter Schneefall eingetreten. Besonders gestern vormittag hat es im Tale sehr stark geschneit, auf dem Gebirge ist weniger Schnee gefallen. Die Temperatur war im Gebirge und im Tale gleich. Es waren ungefähr 5 Grad Kälte.

Ein französisch-belgischer Geheimvertrag

Militärabkommen gegen Deutschland
M. Berlin, 25. Januar (Priv.-Tel.) Die holländische Zeitung „Utrechtisch Dagblad“ in Utrecht hat einen französisch-belgischen Geheimvertrag veröffentlicht, der im Jahre 1920 in Brüssel abgeschlossen sein soll und sich in der Hauptsache gegen Deutschland richtet.

In Berliner politischen Kreisen werden diese Enthüllungen vorerst vorsichtig beurteilt, da man zur Zeit noch kein authentisches Material habe. Die Pariser Zeitung „Petit Parisien“ hat inzwischen heute amtlich die Veröffentlichungen des Utrechter Blattes für eine Fälschung erklärt, welches Dementi aber ganz sicher nicht zutreffend ist. Eine Aktion kann die deutsche Reichsregierung natürlich vorläufig auf die Enthüllungen hin nicht unternehmen. Man wird zunächst abwarten, ob es gelingt, Klarheit in dieser Sache zu schaffen.

Interessant ist, daß nach Kommentaren anderer holländischer Blätter noch viel mehr in diesem Vertrag enthalten ist. So zum Beispiel wird in bezug auf Streitigkeiten zwischen Holland und Belgien über die Schelde und Kanäle gesagt, daß auch sie einen Kriegsgrund darstellen. Noch interessanter ist die Mitteilung eines anderen Blattes, wonach der englische Militäraffache Frankreich und Belgien vorgeschlagen hat, bei einem Angriff gegen Deutschland die holländische Neutralität zu brechen.

Aus dem Inhalt des Geheimvertrages

Das Geheimabkommen befaßt nach den Mitteilungen der holländischen Blätter: Im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland oder einem von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützten Staat wird Belgien seine gesamte Macht zur Verfügung Frankreichs stellen, ebenso Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Belgien und Deutschland. Das Abkommen bezieht sich nicht nur auf die Rheingrenze, sondern auch auf jeden Angriff an irgendeiner anderen Grenze. Frankreich und Belgien mobilisieren ohne Vorbesprechungen, sobald ein von Deutschland in irgendeiner Weise unterstützter Staat mobilisiert. Belgien verpflichtet sich, eine Mindestzahl von 1 200 000 Mann zur Verfügung zu stellen und zwar auf belgischem Boden. Die Truppen beider Länder werden gleichzeitig einen kräftigen Angriff in der Weise beginnen, daß Deutschland gezwungen wird, im Norden und Süden gegen die gemeinsame Front zu kämpfen. Das Abkommen läuft 25 Jahre mit einjähriger Kündigung und wird bei Nichtkündigung automatisch um weitere 25 Jahre verlängert. Im Falle eines Krieges wird kein Einzelriede geschlossen.

In von den französischen und belgischen Generalen aufgestellten Interpretationsbestimmungen wird unter Hinweis auf das englisch-belgische Abkommen vom 7. Juli 1927 ausgeführt, daß sich die eventuellen Gegner Belgiens auf Deutschland und Holland und die eventuellen Gegner Frankreichs auf Italien und Spanien beschränken lassen. Es werden sodann Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Konfliktes mit Deutschland, Holland oder mit Italien aufgestellt, wobei u. a. ein Einfall in das Ruhrgebiet, ein Einmarsch in holländisch Limburg, sowie ein gemeinsames Operieren in holländisch Flandern in Aussicht genommen werden.

„Daily Telegraph“ und „Morning Post“ machen darauf aufmerksam, daß das französisch-belgische Bündnis schon lange bekannt sei, und weisen den Gedanken, daß die britische Regierung sich dabei in irgendwelche Verpflichtungen eingelassen habe, zurück.

Die Zentrumsinterpellation wegen der Rheinbrücken wird am morgigen Dienstag im Reichstag beraten. Inzwischen hat das Zentrum noch eine weitere Interpellation eingebracht, die nach dem Erlaß der Arbeiten zur Behebung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Notstände der westlichen und östlichen Grenzgebiete, namentlich im Verkehrsweesen, fragt.

Die schweizerischen Bundesbahnen. Die vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung der schweizerischen Bundesbahnen für das Jahr 1923 schließt bei 170,1 Mill. Schweizer Franken Einnahmen und 152,4 Mill. Ausgaben mit einem Einnahmeüberschuß von 17,7 Mill. Schweizer Franken ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung 1927 schloß mit einem Einnahmeüberschuß von nur 6 Mill. Schweizer Franken ab.

Troiki in Konstantinopel nicht erwünscht. Die türkischen Zeitungen erklären, daß, falls Deutschland das Gesuch Troikis abweise, dieser sich nach Angora begeben werde, da seine Anwesenheit in Konstantinopel nicht erwünscht sei.

Warum man die französische Grenze nicht öffnen will. In einer Gastwirttagung in Straßburg hatte der Vertreter des Präsidiums gegen die von den Gastwirten wie von sämtlichen wirtschaftlichen Verbänden dringend gewünschte Öffnung der Grenzen nach Deutschland eine Rede gehalten, in der er vor dem Wettbewerb des Schwarzwaldes mit dem Vogesen warnte. Darum schreibt nun die „Republique“: „Frankreich hat den Bisumzwang für Belgien, England usw. aufgehoben. Mache es Deutschland mitbedenken. Mache es noch weiter gehen, soweit es ihm seine historische Rolle zu schreibt, möge es im Völkerbund seine Stimme erheben für die absolute und unbedingte Freiheit der Grenzen wie es dem! Wer diese Stimme dann nicht hören will, der möge es sagen. Die Völker werden dann ihr Urteil fällen.“

Die Frage der Reichsreform

Vorschläge an die Länderkonferenz

Die aus Berlin mitgeteilt wird, ist in den Arbeiten der Sachverständigen der Länderkonferenz soeben ein gewisser Abschluss erreicht worden. Die Sachverständigen, Ministerialdirektor Dr. Brecht, Preußen, Ministerialdirektor Dr. Fochs-Geffter, Sachsen, Staatspräsident Holz, Württemberg, und Bürgermeister Dr. Petersen, Hamburg, haben sich auf die Erzielung eines einheitlichen Gutachtens geeinigt.

Die drei Sachverständigen haben es als Aufgabe des Organisationsreferats angesehen, die Verbindung zwischen Preußen und dem Reich herzustellen, gleichzeitig aber auch die mittleren und kleineren Länder in die Reichsreform einzubeziehen, und dabei doch den Gegensatz zwischen Nord und Süd möglichst abzuschwächen. Das konnte nicht in der Weise geschehen, daß man für den Norden und für den Süden eine völlig uniforme Lösung vorschlägt, sondern es bleiben gewisse Differenzierungen bestehen. Die „differenzierende Gesamtlösung“ des Organisationsreferats kennt eine scharfe Trennung zwischen Norden und Süden nicht. Bei ihr liegt die Differenzierung lediglich in der Verschiedenheit der Organisation der norddeutschen und süddeutschen Länder.

Diese Verschiedenheiten liegen einmal darin, daß in den Ländern, die auf dem preussischen Gebiet gebildet werden (gewissermaßen „preussischer Typus“) eine allgemeine abhängige Reichsverwaltung neben der Selbstverwaltung unter dem Landeshauptmann eingerichtet wird. Reichsregierung und preussische Zentrale werden zu einer neuen einheitlichen „Reichsregierung“ vereinigt. Das ermöglicht den Zusammenhalt des bisherigen preussischen Verwaltungssystems und verhindert, daß Preußen im Augenblick seines Aufstiegs im Reich „erschlagen“ wird. Dieser norddeutschen Zweifelhäufigkeit der Verwaltungsorgane im Lande — man hat nach österreichischen Vorgängen auch von einer Zweigleisigkeit gesprochen — entspricht in Süddeutschland ein System, in dem die allgemeine Landesverwaltung, wie bisher, Selbstverwaltung des Landes bleibt. Die Möglichkeit einer unmittelbaren Verbindung zwischen dieser Selbstverwaltungsorganisation der süddeutschen Länder und der Reichsregierung ist durch Einrichtung der Auftragsverwaltung gegeben (Süddeutscher Typus). Sowohl in den norddeutschen Ländern, wie in den süddeutschen einschließlich Sachsen, wird neben geschulten Organisationsystem die Möglichkeit bestehen, einzelne Verwaltungszweige in einer Reichsföderverwaltung zu erhalten.

Eine Differenzierung zwischen den „preussischen Ländern“ und den übrigen, wird auch darin liegen, daß die Verfassung der preussischen Länder einheitlich vom Reichsgesetzgeber bestimmt wird, und daß ebenso die Zuständigkeit der preussischen Länder vom Willen des Reiches abhängig bleibt.

Bei den beschränkten Aufgaben, die dem Organisationsreferat gegeben war, hat in ihm noch nicht entschieden werden können, welche Verwaltungsorgane in Reichsföderverwaltung gegeben oder welche Verwaltungsorgane in Auftragsverwaltung kommen werden. Infolgedessen hat der Organisationsausschuß sich z. B. auch nicht über die Frage auszulassen gehabt, ob die Justiz in den süddeutschen Ländern Reichsföderverwaltung oder Auftragsverwaltung werden soll.

In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß etwa im April das Plenum des Arbeitsausschusses seine Arbeiten fortsetzen kann.

Eröffnung der Reichsunfallverhütungswoche (Ruwo)

In der Kammerlichtspielen am Potsdamer Platz in Berlin wurde Samstag Mittag die vom Verband der Deutschen Berufsvereinigungen ins Leben gerufene Reichsunfallverhütungswoche (Ruwo) in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern staatlicher und städtischer Behörden, Organisationen und Verbände eröffnet.

Nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Berufsvereinigungen, Dr. F. A. Spiegler, der u. a. darauf hinwies, daß kaum jemals sich in Deutschland so viele Behörden, Spitzenorganisationen und Verbände zur freiwilligen Zusammenarbeit für ein bestimmtes Ziel zusammengelassen hätten, wie in diesem Falle. Darauf ergriff Reichsarbeitsminister Bissell das Wort: Ein Aufruf zum Kampf gegen die Unfallgefahren könne nicht überzeugender begründet werden, als durch Zahlen: 24 000 Tote jährlich in Deutschland infolge von Unfällen, über eine Million Unfallverletzter. Auf zwei Milliarden werde der Kapitalwert der Entschädigungen für Unfallfolgen an Leben und Gesundheit, auf mehr als drei Milliarden der Sachschaden durch Unfälle geschätzt. Auf der internationalen Arbeitskonferenz sei das Wort gefallen, daß 75 Proz. aller Unfälle vermeidbar seien. Daß es der Ruwo gelingen möge, diese Aufgabe der Volkserziehung der Lösung näherzubringen, sei der aufrichtige Wunsch der Reichsregierung.

Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei. Nach dem Jahrbuch für 1928, das die Sozialdemokratische Partei soeben ausgegeben hat, hat sich die Zahl ihrer organisierten Mitglieder bis zum 31. Dezember auf 987 880 erhöht. Zu den vorhandenen 8462 Ortsvereinen sind im letzten Jahre 454 neue Vereine getreten. Die Einnahmen der sozialdemokratischen Bezirksorganisationen betragen im Jahr 1928 insgesamt 10,4 Millionen Reichsmark, davon aus laufenden Beiträgen allein 6,9 Millionen Reichsmark. An den Parteivorstand konnten 1,6 Millionen Reichsmark abgeführt werden.

Einführung des französischen Abgeordneten Daladier. Der Vorsitzende der französischen radikalen Partei, Daladier, der auf einem Bankett in Straßburg sprechen wollte, wurde in Zabern unter verschiedenen Vorpiegelungen in ein Auto gelockt und von zwei jungen Leuten stundenlang spazieren geführt. Die jungen Leute erklärten schließlich, sie seien Journalisten und wollten ihn an der Teilnahme der Straßburger Veranstaltung hindern. Sie setzten ihn dann in einem Dorf aus, worauf es ihn gelang, nach Straßburg zu kommen und seine Rede doch zu halten.

Ein Kundgebungsantritt in Wien. In Wien veranstalteten am Sonntag der sozialdemokratische republikanische Schutzbund einerseits und die Heimwehrverbände andererseits räumlich getrennte Kundgebungen, die unter geringer Beteiligung friedlich verliefen. Wegen der Kälte — es herrschte 8 Grad — war auch die Spalierbildung gering. Der Rückmarsch der Heimwehrabteilungen wurde von einem Zug Kommunisten zu hören versucht. Die Polizei griff ein und verhaftete eine Anzahl Kommunisten.

Der amerikanische Flottenetat. Der amerikanische Senat nahm den Flottenetat an. Der Etat enthält u. a. eine Bestimmung, die die Regierung ermächtigt, die ersten zehn von den bewilligten 15 Kreuzern innerhalb des Staatjahres 1929/30 auf Kiel zu legen. — Der durch Senator Dill eingebrachte Antrag, der die Zurückziehung der in Nicaragua stehenden amerikanischen Marinetruppen bis spätestens 1. Juli fordert, und der, wie gemeldet, durch eine taktische Überempfindung der Regierungsparteien zur Annahme gelangte, wurde nun abgelehnt.

Der Volkstrauertag in Berlin

Im Plenarsaal des Reichstages fand am Sonntag in Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichsinnenministers Severing, des Vizepräsidenten des Reichstages, v. Karhoff, des Reichswehrministers Gröner, des stellvertretenden Chefs der Geeresleitung, des Chefs der Marineleitung und des Staatssekretärs v. Schubert die offizielle Gedenkfeier des Volkstrauertages Deutscher Kriegsgräberfürsorge für die im Weltkrieg Gefallenen statt.

Der Präsident des Volkstrauertages, Reichsgräberfürsorge, Reichswehrminister a. D. Dr. Gessler, wies in einer eindringlichen Rede auf die Bedeutung des Tages hin. Nach einigen Musikvortrügen fand die Feier mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes ihren Abschluß. Der Reichspräsident begab sich sodann mit seiner Begleitung nach dem Platz der Republik, von wo er nach Abnahme der Parade des Wachregiments wieder in sein Palais zurückkehrte.

Im Herrenhaus hatte zur gleichen Zeit die Reichsbereinigende ehemalige Kriegsgefangener eine Feier veranstaltet, während im Großen Schauspielhaus vom Reichsgräberverband, im Berliner Konzerthaus Clou von den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, in der Hochschule für Musik vom Roten Kreuz, im Lehrervereinshaus vom Caritasverband, im Zirkus Busch vom Stahlhelm und im Landtagsgebäude von der Bismarckjugend Gedenkfeiern abgehalten wurden.

Die Zulassung zur Krisenunterstützung

Der Reichsarbeitsminister hat einen neuen Erlass über Personentzettel und Dauer der Krisenunterstützung veröffentlicht. Nach dem Rechtszustand, wie er sich hieraus ergibt, sind nunmehr grundsätzlich alle Verufe zur Krisenunterstützung zugelassen. Ausgenommen sind nur die Verufe, in denen die Arbeitslosigkeit ausgesprochenen Saisoncharakter hat, sowie einige bestimmte Verufe, deren Arbeitsmarkt auch jetzt noch nicht durch andauernde Arbeitslosigkeit in besonders starkem Ausmaße betroffen ist, und die Gelegenheitsarbeiter. Die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf die neu zugelassenen Verufe ist Sache der Präsidenten der Landesarbeitsämter, die der Erlass hierzu ermächtigt. Aussteuerungen aus der Krisenunterstützung sind bis zum 4. Mai 1929 verboten. Der Erlass tritt am 25. Februar 1929 in Kraft und gilt zunächst bis zum 4. Mai 1929.

Die Wasserkräfte der Hohen Tauern

Der Landtag des Landes Salzburg hat beschlossen, zur Durchführung einer von der A.G. „Berlin“ ausgearbeiteten Idee einer Gesamtnutzung der Wasserkräfte der Hohen Tauern (Stalpen) gemeinsam mit dem genannten Berliner Konzern eine Studiengesellschaft zu gründen. Im Bezirksamt der Ötztal sind ungeheure Kraftmengen ungenutzt vorhanden, die vorzüglich auf wenigstens 15 Milliarden Kilowattstunden Rohenergie geschätzt werden können. Es steht damit eine Kraftmenge zur Verfügung, die dem Bedarf der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft ganz Deutschlands im Jahre 1927 gleichkommt. Die Untersuchungen ergaben, daß an drei Stellen der Tauern geeignete Speicher für die Energieerzeugung angelegt werden können. Ihre Gesamtjahresarbeit kann auf 6,6 Milliarden Kilowattstunden und nötigenfalls noch weiter gesteigert werden. Als Abgabegbiet für diese ungeheuren Mengen kommen Österreich und Deutschland in Frage. Die gigantische Größe der Anlage wird am besten durch folgenden Vergleich deutlich: Während das Badenerseerkraftwerk in einer Zentrale rund 200 Millionen Kilowattstunden erzeugt, würde die Salzburger Alpenwasserkraft in 3 Werken zum mindesten 5 bzw. 6,6 Milliarden Kilowattstunden produzieren.

Die deutschen Kampfschiffe 1930 sollen in Breslau abgehalten werden.

Arbeitslosenunterstützung in London. Aus verschiedenen notleidenden Bezirken von England, Schottland und Wales sind ungefähr 800 Arbeitslose in London eingetroffen, wofür sie zu Fuß während mehrerer Wochen marschiert waren. Sonntag nachmittag veranstalteten sie eine Kundgebung auf dem Trafalgar Square, wobei bekannte Arbeiterführer der extremen Richtung von Cool und Callaghan Ansprachen hielten.

Prozess gegen den Raubmörder Gopp

Wien, 25. Febr. (Tel.) Heute vormittag begann vor dem Schwurgericht unter großem Andrang des Publikums der Prozess gegen den Raubmörder Gopp, der im vorigen Jahre den Fabrikdirektor Nordmann aus Delmenhorst in einem Gelände ermordet hatte. Der Prozess, zu dem 30 Zeugen geladen sind, dürfte zwei Tage dauern.

Amerika baut einen „schwimmenden Flughafen“

Wien, 24. Febr. (Tel.) Die Armstrong Seadrome Development-Gesellschaft in Wilmington (Delaware) hat den Bau eines schwimmenden Flughafens beschlossen. Der Flugplatz, der 800 Meilen von der Küste entfernt auf halbem Wege zwischen New York und den Bermudas verankert wird, soll eine Land- und Entladungsfähigkeit für die Übermittlung von Eyprecht und Posten zwischen den Schiffen und den Flugzeugen darstellen. Der Flugplatz wird eine Besatzung von 48 Mann erhalten. Das Flugfeld soll eine Länge von 1200 Fuß und in der Mitte eine Breite von 400 Fuß erhalten. 6000 Tonnen Stahl und 2000 Tonnen Eisen sollen für seinen Bau benötigt werden. Besonders konstruierte Bojen werden das Flugfeld an seinem Platz mit Ketten, deren Gesamtlänge über 21 000 Fuß beträgt, festhalten. Durch eine Schotteneinrichtung und hydraulische Maschinen soll den Schwantungen des Flugfeldes infolge der Wogen und des Sturmes begegnet werden.

Kleine Chronik

Der 70jährige, ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete, und jetzige erste Präsident des Oberfränkischen Bauernvereins, Saffer wurde, wie aus Nürnberg gemeldet wird, als er nachts von einer Sitzung nach seinem Wohnort Frankendorf zurückkehrte, auf der Landstraße von zwei verumranneten jungen Burschen auf den Boden geschlagen und vollständig ausgeraubt. Er blieb in der eiligen Kälte längere Zeit bewusstlos liegen und konnte sich nur mit Mühe nach Hause schleppen.

Sonntag vormittag geriet in Biele am Harz beim Hodejpiel einer Schülerriege der Torwächter, der einen Ball zurückschlagen wollte, mit seinem Schläger unglücklicherweise in das Auge eines 13jährigen Kameraden und verletzte ihn so schwer, daß der Knabe starb.

In Neufuß wurde bei vier Schulkindern Geschlechtskrankheit festgestellt, während bei sechs Kindern der Verdacht der Infektion besteht. Die Kinder wurden vom Schulbesuch ausgeschlossen und in ärztliche Behandlung gegeben.

In den Abruzzen und in Apulien wütete am Sonntag ein heftiger Schneesturm, der den Eisenbahnverkehr stark beeinträchtigt.

Infolge der durch Dürre und Heuschreckenplage verursachten Hungersnot sind gegenwärtig 130 000 Eingeborene in Britisch-Ostafrika ohne Lebensunterhalt.

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 28. Februar, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung:

- Mitteilung der Eingänge.
- Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über den Antrag des Herrn Justizministers auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Heymann.
- Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abgeordneten.
 - Pod u. Gen., Durchführung von Reichsstandsarbeiten und Maßnahmen für Erwerbslose (Druckf. Nr. 39).
 - Burdhardt u. Gen., Notlage des Handwerks (Druckf. Nr. 45).
- Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über
 - die Anträge der Abgeordneten
 - Großhans u. Gen., Änderung der Handelsverträge mit der Schweiz (Druckf. Nr. 36 und 38a).
 - Berichterstatter Abg. Dr. Mattes;
 - Dr. Baumgartner u. Gen., Zollsätze für Lebensmittel und Jüder (Druckf. Nr. 34 und 34a).
 - Dr. Baumgartner u. Gen., Zollsätze für Getreide und Verwendung inländischen Getreides (Druckf. Nr. 35 und 35a).
 - Klaber u. Gen., Zollerhöhung zwecks Rentabilität der Landwirtschaft (Druckf. Nr. 37 und 37a).
 - Berichterstatter zu 2 bis 4 Abg. Hofjeing;
 - Dr. Baumgartner u. Gen., Änderung des Branntweinmonopolgesetzes, hier Erhaltung der Abfindungsvereinbarkeiten (Druckf. Nr. 46 und 46a).
 - die Gesuche
 - des Verwaltungsauffintenden A. Stöple in Mannheim, Abfindung auf die Sonderzuschläge, Berichterstatter Abg. Haas;
 - des Bürgermeisteramts Triberg, Förderung der Schwarzwaldbahn in ihrer Bedeutung für den internationalen Durchgangsverkehr, Berichterstatter Abg. Haas.
- Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über
 - die Anträge der Abgeordneten
 - Dr. Mattes u. Gen., Änderung des Wohnungsmangelgesetzes (Druckf. Nr. 4).
 - von Yu u. Gen., Förderung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen (Druckf. Nr. 19).
 - Dr. Baumgartner u. Gen., Änderung des Wohnungsmangelgesetzes (Druckf. Nr. 31).
 - Heymann u. Gen., Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume (Druckf. Nr. 38).
 - Druckf. Nr. 4 (19, 31, 38) a — Berichterstatter zu 1 bis 4 Abg. Dr. Reibach;
 - Heymann u. Gen., Nichtaufhebung von Stempelstellen der Arbeitsämter (Druckf. Nr. 42 und 42a).
 - Berichterstatter Abg. Dr. Reibach;
 - das Gesuch der Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene, ärztliche Untersuchung aller Schüler und Schülerinnen der Gewerbe- und Handelsschulen sowie der höheren Unterrichtsanstalten, Berichterstatter Abg. Heymann.
- Mündliche Berichte des Ausschusses für Gesuche und Beschwerden und Beratung über eine Anzahl Gesuche.

Schubbedarf an Güterwagen

Da infolge der langanhaltenden Kälte die Schifffahrt eingestellt wurde, müssen die Brennstoffe ausschließlich auf dem Bahnwege befördert werden. Dadurch wird der Wagenpark der Deutschen Reichsbahn außerordentlich beansprucht. Zur glatten Bewältigung dieses starken Verkehrsbedarfes hat die Deutsche Reichsbahn alle für den Schubbedarf an Wagen in Betracht kommenden Vorkehrungen getroffen, um dadurch eine beschleunigte Beförderung der Güter, insbesondere der Brennstoffe zu erzielen. Beschleunigte Anmeldung der Güter, öftere Bedienung der Ladestellen, Güterzugverkehr an Sonntagen und dgl.)

Um den Schwierigkeiten in der Wagenstellung zu begegnen, ist es erwünscht, daß die Verkehrstreibenden durch geeignete Maßnahmen mithelfen, insbesondere, indem sie die Fristen für die Be- und Entladung der Wagen nicht überschreiten, sondern nach Möglichkeit abkürzen. Eine verständnisvolle Unterstützung der Bestrebungen der Reichsbahn durch die Verfrachter und Empfänger liegt in ihrem eigenen Interesse.

Sprengungen auf Rhein und Neckar

D3. Mannheim, 25. Febr. Auch am Sonntag wurden Sprengungen auf Rhein und Neckar vorgenommen, die man weithin hört. Im Binnenhafen von Mannheim kam bei den Sprengungen ein kleiner Schleppdampfer an der Drehbrücke unterhalb der Schiffswerft in Not, so daß die Feuerwehrlöcher eingreifen mußte. Unterhalb des Hafenanals trieb das Eis ab und ritz viele Röhre mit, die in Gefahr gerieten, jedoch wieder eingefangen werden konnten. — Wie aus Heidelberg gemeldet wird, wurden auch dort am Sonntag auf dem Neckar Sprengungen vorgenommen. Bei diesen Sprengungen wurden bei den am Uferand liegenden Heidelberger Häusern durch den Luftdruck eine Reihe von Fensterscheiben zertrümmert. Das Eis war aber betatt, daß die Sprengungen noch nicht den erwünschten Erfolg zeigten und daher fortgesetzt werden.

Aus den Parteien

In einer Wahlkreisversammlung der Deutschdemokratischen Partei in Freiburg sprach der badische Unterrichtsminister Veers über demokratische Reichspolitik. Bei der Aufstellung des Reichsetats müsse die Frage voranstehen, ob das deutsche Volk durch neue Steuern noch belastet werden könne. Als Grundlage habe die Grenze der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für Steuern und soziale Abgaben zu dienen. Es dürfe keine Stilllegung erfolgen oder Abwälzung auf den Konsumenten. Die Wirtschaft müsse geschont werden, damit sie sich wieder aufrichten und erfolgreich mit dem Ausland konkurrieren kann. Im Reichsetat müsse eine bisher ungewohnte Sparfameit durchgeführt werden. Bei einem Konfordat müsse die Schulheit des Staates gewahrt bleiben. — Als Kandidatin für den Wahlkreis Freiburg wurde die Landtagsabgeordnete Frau Straub einstimmig gewählt.

Die Deutsche Demokratische Partei stellte im zweiten badischen Landtagswahlkreis (Amtsbezirk Konstanz), den Lokomotivführer Klemens Reßner von Sengen an zweiter Stelle der Wahlvorschlagsliste auf.

Die Jahreshauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Freiburg wählte einstimmig folgenden Vorstand: 1. Vorsitzender Max Hoff (M.D.), 2. Vorsitzender Jamböck, Kassierer Keger, Schriftführer Hag und Schramm, Beisitzer Stephan Meier (M.D.), Peter Mayer, Bent, Aufbaum, Bürgermeister Hölzl und Melanie Körber.

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden, O.572.
Handelsregistereintrag vom 5. 2. 1929 Abt. B Bd. I D.-Z. 55 - Firma Apparatebaugesellschaft mit beschränkter Haftung in Doss -; Karl Herrmann in Baden-Baden ist nicht mehr Geschäftsführer. (6. Februar 1929).
Baden, 5. Febr. 1929.
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Baden-Baden, O.578.
Handelsregistereintrag vom 5. Februar 1929: Abt. A Bd. II D.-Z. 525 - Firma Schweizer & Co., Auto- und Industrievertrieb in Baden-Baden -; Die Firma lautet jetzt Schweizer & Co., Autokennzeichen, (5. Febr. 1929).
Baden, 5. Febr. 1929.
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Baden-Baden, O.604.
Handelsregistereintrag Abt. A Bd. II D.-Z. 454 - Firma Hausen & Engelhardt in Baden-Baden -; Die Prokura des Ingenieurs Cornelius Eberharder in Baden-Baden ist erloschen. (7. 2. 29).
Baden, 7. Febr. 1929.
Bad. Amtsgericht I.

Breisach, O.580.
Handelsregistereintrag Abt. A. Zu D.-Z. 66 (Firma "A. Steyer", Gottenheim); Das Geschäft ist auf die Bigarrenfabrikanen Oskar und Herbert Steyer in Gottenheim übergegangen, die es unter der bisherigen Firma als offene Handelsgesellschaft fortführen. Die Gesellschaft hat am 31. Dez. 1928 begonnen. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten ist bei der Erwerbung des Geschäfts durch Oskar und Herbert Steyer ausgeschlossen worden.
Unter D.-Z. 208: Firma "Apotheker Carl Fr. Weiher, Oberrotweil a. N.", in Oberrotweil. Inhaber ist der Apotheker Carl Fr. Weiher in Oberrotweil.
Amtsgericht Breisach, 28. Januar 1929.

Breisach, O.581.
Handelsregistereintrag Abt. B, zu D.-Z. 17 (Firma "Mechanische Weberer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Breisach); Dem Ernst Heinrich in Breisach ist Prokura erloschen.
Amtsgericht Breisach, 28. Januar 1929.

Bühl, O.605.
Handelsregister Band I D.-Z. 28, Firma Dölzentele u. Spanforvertrieb, Aktiengesellschaft Bühl, Baden, in Bühl; Zur Befestigung des sich widersprechenden Inhalts der Einträge D.-Z. 2 und 3 des Handelsregisters wurde durch Beschluß der Generalversammlung vom 31. Juli 1928 die Neufassung des Gesellschaftsvertrags in § 4 (Festsetzung 76 000 M und Umwandlung bisher bestehender Namensvorszugsaktien in Stammaktien) und § 17 des Grundkapitals auf (Stimmrecht) gemäß eingereichter Niederschrift beschlossen. Ferner wird beantragt: Das Grundkapital ist jetzt eingeteilt in 8800 auf den Inhaber lautende Aktien von je 20 M. Bühl, den 8. Februar 1929. Bad. Amtsgericht II.

Donauwechingen, O.573.
Zum Handelsregister A Bd. I D.-Z. 103 - Firma Guggenheim & Co. in Donauwechingen - wurde heute eingetragen:

Hermann Einstein ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist Hermann Einstein, Kaufmannswitwe, Klara geb. Frank in Konstanz als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetragen.
Donauwechingen, 28. Januar 1929.
Bad. Amtsgericht.

Donauwechingen, O.574.
Zum Handelsregister B Band I D.-Z. 80 der Firma S. Sieble und Söhne, Telephon- und Telegraphenwerte, Aktiengesellschaft, in Furtwangen, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Ernst Wolfhelm ist erloschen.
Donauwechingen, 28. Januar 1929.
Bad. Amtsgericht.

Donauwechingen, O.575.
Zum Handelsregister B Band I D.-Z. 22 - Firma Badische Wagenfabrik, Aktiengesellschaft in Furtwangen - wurde heute eingetragen:
Nach dem Beschluß der Generalversammlung vom 3. Januar 1928 soll das Grundkapital um 805 000 Reichsmark herabgesetzt und das herabgesetzte Grundkapital wieder um bis zu 400 000 M erhöht werden.
Donauwechingen, den 5. Februar 1929.
Bad. Amtsgericht.

Gernsbach, O.602.
Zum Handelsregister B D.-Z. 26 wurde eingetragen: Firma Schoeller & Weich, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Gernsbach. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Papierfabrik sowie die Übernahme aller mit dieser Fabrikation zusammenhängenden Handelsgeschäfte. Stammpital: 200 000 M. Geschäftsführer sind die Prokuranten Felix Hoehle, Ldo Hoehle und Ernst Böhm, alle in Gernsbach wohnhaft. Jeder Geschäftsführer ist allein vertretungsberechtigt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. Januar 1929 eröffnet.
Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Reichsanzeiger.
Gernsbach, 8. Febr. 1929.
Amtsgericht.

Heidelberg, O.582.
Handelsregister Abt. A Band I D.-Z. 281: Die Firma Rudolf Münchle in Heidelberg ist erloschen.
Band IV D.-Z. 114 zur Firma Gebrüder Maier in Heidelberg: Die Prokura des Lambert A. Wraßard in Düsseldorf ist erloschen.
D.-Z. 234 zur Firma J. Krager's Möbelpedition in Heidelberg: Die Prokura des Karl Räber in Heidelberg ist erloschen.
D.-Z. 308: Die Firma Blaukreuzhotel August Kühn in Heidelberg ist geändert in: Christl. Sophie Wartburg, August Kühn in Heidelberg.
Band VI D.-Z. 4: Die Firma Wilhelm Käfer in Heidelberg ist erloschen.
D.-Z. 187 zur Firma Jakob Käfer, Zweigniederlassung Heidelberg, mit der Hauptniederlassung in Schriesheim: Die Zweigniederlassung ist zur Hauptniederlassung erhoben.
Abt. B Band II D.-Z. 14 zur Firma Siedelungsgesellschaft Badische Pfalz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Heidelberg: Die Prokura des Georg Baumgärtner ist erloschen. Dr. Karl Schrö-

der ist als Geschäftsführer zurückgetreten.
D.-Z. 21 zur Firma Sanatorium "Scherershof", Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Heidelberg: Das Stammkapital ist durch den Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 22. Dezember 1928 um 20 000 M erhöht; es beträgt jetzt 480 000 M.
Band III D.-Z. 57: Die Firma Der Parier Osmin Aktiengesellschaft in Dossenheim ist geändert in Parier, Aktiengesellschaft. Die Prokura des Erwin Bender und die des Stefan Herbst sind erloschen.
Band IV D.-Z. 79 zur Firma Kranenhaus Rohrbach, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Heidelberg: Dr. Wilhelm Bergmann, Professor in Karlsruhe, ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.
Seidelberg, den 7. Februar 1929.
Bad. Amtsgericht.

Konstanz, O.576.
Handelsregister: A Band V D.-Z. 156: Bahnhofsverwaltung Konstanz in Konstanz. Inhaber ist Heinrich Höhrerbach, Gastwirt in Konstanz, 29. 1. 1929.
A. Band V D.-Z. 157: Speiseraum und Kaffee zum Geleit, Josef Brunner in Konstanz. Inhaber ist Gastwirt Josef Brunner in Konstanz, 5. 2. 1929.

A. Band II D.-Z. 55, Freund & Comp., in Konstanz: Die Firma ist auf Max Freund, Kaufmann, in Konstanz, übergegangen. Die Prokura des Wilhelm Roderfeld ist erloschen. 6. 2. 1929.
A. Band V D.-Z. 158: Franz Pfeffer, Buchdruckerei und Ornamentverlag, Konstanz. Inhaber ist Franz Pfeffer, Buchdruckmeister in Konstanz. Gegenstand des Geschäfts ist die Herstellung von Druckmaschinen aller Art und die Fabrikation von Druckmaschinen. 6. 2. 1929.
Bad. Amtsgericht, A I, Konstanz.

Mannheim, O.555.
Handelsregistereinträge vom 2. Februar 1929: Ludwig Köhler, Mannheim. Inhaber ist Ludwig Köhler, Kaufmann, Mannheim.
Geschwister Gutmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Dem Manfred Levi, Mannheim, ist Einzelprokura erteilt. Die Prokura ist beschränkt auf den Geschäftsbetrieb der Hauptniederlassung und auf den der Zweigniederlassung Ludwigshafen a. Rh.
F. Hergartner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Zweigniederlassung. Sitz: Baden-Baden. Sitz ist nicht mehr Geschäftsführer.
Weingart-Kaufmann-Landsberg, Gertrude-Aktiengesellschaft, Mannheim. Berlin: Dem Hans Räber in Ludwigshafen a. Rh. ist Prokura erteilt, daß er gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem anderen Prokuristen die Firma zu vertreten berechtigt ist.
Amtsgericht Mannheim, S.-G. 4.

Mannheim, O.600.
Handelsregistereinträge vom 9. Februar 1929: Eugen Wangold, Mannheim. Die Firma ist erloschen.
Münz & Co., Ladenburg a. N. Persönlich haftende Gesellschafterin ist Jakob Münz, Ehef. u. Margarete geb. Habermaier, Ladenburg a. N. Die Kommanditgesellschaft hat am 15. Dezember 1928 begonnen. Dieselbe hat einen Kommanditisten. Dem Jakob Münz in Ladenburg a. N. ist Prokura erteilt.
Süddeutsche Kachelwerke Abteilung der Gebrüder Bayer Kupferwerk u. Süddeutsche Kachelwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim. als Zweigniederlassung Gebrüder Bayer Kupferwerk und Süddeutsche Kachelwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Frankfurt a. M. Dem Obergeringmeister Peter Bannar in Mannheim ist für die Zweigniederlassung Mannheim Prokura erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem Prokuristen zur Zeichnung der Firma der Zweigniederlassung Mannheim berechtigt ist.
Globus Konfektion- und Textil-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Hermann

Gebrüder Weill, Mannheim: Die Prokura des Seligmann Weill ist erloschen. Kaufmann Seligmann Weill in Mannheim ist als persönlich haftender Gesellschafter eingetragen.
S. Hodenheimer & Sohn, Mannheim: Kaufmann Max Hodenheimer ist am 16. Januar 1929 durch Tod als Gesellschafter ausgeschieden. An dessen Stelle ist seine Witwe Elise, geb. Rothschild, in Mannheim als persönlich haftende Gesellschafterin in die Gesellschaft eingetragen. Die Gesellschaft wurde am 31. Dezember 1928 aufgelöst. Das Geschäft ist mit der Firma auf den bisherigen Gesellschafter Sigmar od. Hodenheimer, Kaufmann, in Mannheim, übergegangen, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Weiser & Saehere, Mannheim: Der Firmeninhaber Kaufmann Franz Saehere wohnt jetzt in Lampertheim. Der Ort der Niederlassung ist nach Lampertheim verlegt.
Friedrich Fischer, Mannheim: Die Prokuristin Elise geb. Fischer, ist jetzt die Ehefrau des Hans Wührer in St. Wilhelm.
Ferd. Schulze & Co., Mannheim: Ernst Kömer, Mannheim, ist als Prokurist bestellt.
L. Weill & Reinhardt, Aktiengesellschaft, Mannheim: Die Prokura des Rudolf Bauer ist erloschen. Prokura so, daß sie zusammen mit einem Vorstandsmitglied oder einem anderen Prokuristen vertretungsberechtigt sind, ist erteilt an: Karl Gillig in Mannheim und Theodor Hanfweiler in Ludwigshafen a. Rh.
F. Jolition, Aktiengesellschaft, Mannheim: Hans Krüger ist nicht mehr Vorstandsmitglied.
Jwid & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Max Altmann ist erloschen.
Amtsgericht Mannheim, S.-G. 4.

Mannheim, O.598.
Handelsregistereinträge: 1. Die Firma Milchversorgung Pforzheim Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pforzheim ist erloschen.
2. Firma Gemeinnützige Bauergesellschaft mit beschränkter Haftung Pforzheim-Stadt in Pforzheim: Durch Gesellschafterbeschuß vom 25. Juli 1928 wurde das Stammkapital um 31 000 M erhöht und beträgt jetzt 158 140 M. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 25. Juli 1928 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 3 (Stammkapital und Stammeinlagen) und § 9 (Stimmrecht) geändert.
3. Firma Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler, Zweigniederlassung Pforzheim in Pforzheim mit Hauptsitz in Frankfurt a. M. unter der Firma Deutsche Gold- u. Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. Oktober 1928 wurde das Grundkapital um 6 600 000 M erhöht. Die Erhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 29 600 000 M. Die Aktien sind ausgegeben: 5 600 000 M zum Betrag von 148%, 1 000 000 M zum Betrag von 110%.
4. Firma "Jamaica" Bananen- und Früchtevertrieb - Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen mit Zweigniederlassung in Pforzheim: Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 26. Juli 1928 u. 11. Januar 1929 geändert und neu gefaßt.
5. Firma Schmidt & Rudmann Aktiengesellschaft in Pforzheim: Die am 1. September 1928 beschlossene Herabsetzung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 600 000 M. Durch Beschluß des dazu ermächtigten Aufsichtsrats vom 14. Januar 1929 wurde § 3 des Gesellschaftsvertrags dem veränderten Grundkapital entsprechend geändert.
Amtsgericht Pforzheim.

Neustadt, Schw. O.577.
Im Handelsregister A Band I D.-Z. 9 ist bei der Firma "Alb. Staffler in Neustadt" als Inhaberin Frau Betta Staffler, Neustadt, eingetragen worden.
Neustadt im Schwarzwald, den 8. Februar 1929.
Bad. Amtsgericht.

Chwat ist nicht mehr Geschäftsführer. Der Geschäftsführer Kaufmann Max Margulies wohnt jetzt in Mannheim.
Prodnit Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Dem Werner Raarmann in Mannheim-Rheinau ist Gesamtprokura so erteilt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist.
Aktiengesellschaft Max Maier, Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: James J. Kaiser in Berlin, Leopold Juda in Mannheim, Dr. Albert Maurer in Mannheim. Jeder der Liquidatoren ist für sich allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.
Amtsgericht Mannheim, S.-G. 4.

Pforzheim, O.598.
Handelsregistereinträge: 1. Die Firma Milchversorgung Pforzheim Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Pforzheim ist erloschen.
2. Firma Gemeinnützige Bauergesellschaft mit beschränkter Haftung Pforzheim-Stadt in Pforzheim: Durch Gesellschafterbeschuß vom 25. Juli 1928 wurde das Stammkapital um 31 000 M erhöht und beträgt jetzt 158 140 M. Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 25. Juli 1928 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 3 (Stammkapital und Stammeinlagen) und § 9 (Stimmrecht) geändert.
3. Firma Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler, Zweigniederlassung Pforzheim in Pforzheim mit Hauptsitz in Frankfurt a. M. unter der Firma Deutsche Gold- u. Silber-Scheideanstalt vorm. Roessler: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. Oktober 1928 wurde das Grundkapital um 6 600 000 M erhöht. Die Erhöhung ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 29 600 000 M. Die Aktien sind ausgegeben: 5 600 000 M zum Betrag von 148%, 1 000 000 M zum Betrag von 110%.
4. Firma "Jamaica" Bananen- und Früchtevertrieb - Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen mit Zweigniederlassung in Pforzheim: Der Gesellschaftsvertrag wurde durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 26. Juli 1928 u. 11. Januar 1929 geändert und neu gefaßt.
5. Firma Schmidt & Rudmann Aktiengesellschaft in Pforzheim: Die am 1. September 1928 beschlossene Herabsetzung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt jetzt 600 000 M. Durch Beschluß des dazu ermächtigten Aufsichtsrats vom 14. Januar 1929 wurde § 3 des Gesellschaftsvertrags dem veränderten Grundkapital entsprechend geändert.
Amtsgericht Pforzheim.

Neustadt, Schw. O.577.
Im Handelsregister A Band I D.-Z. 9 ist bei der Firma "Alb. Staffler in Neustadt" als Inhaberin Frau Betta Staffler, Neustadt, eingetragen worden.
Neustadt im Schwarzwald, den 8. Februar 1929.
Bad. Amtsgericht.

Hermes

Sprechstunden

unseres Vertrauensarztes für orthopädische Bruchbehandlung:

Baden-Baden: Mittwoch, 27. Februar, nachmittags 2^{1/2} - 6 Uhr, Hotel Bad.
Karlsruhe: Donnerstag, 28. Februar, vormittags 9^{1/2} - 1 Uhr und nachmittags 2 - 6 Uhr, Hotel Bad. am alten Bahnhof.
Breisach: Freitag, 1. März, vormittags 9^{1/2} - 1 Uhr, Bahnhofs-Hotel Friedrichshof.
Kastatt: Freitag, 1. März, nachmittags 3^{1/2} - 6 Uhr, Bahnhofs-Hotel.
Pforzheim: Sonnabend, 2. März, vormittags 9 - 3 Uhr, Hotel Hansa, Bahnhofsstraße. Referenzen und Prospekte auf Anforderung. (Doppeltes Rudporto erwünscht.)
„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Sandburg, Epladen 6. (Arzt. Leiter: Dr. G. L. Meyer.)
Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Hoher, Frietsch & Cie. * Ottenhöfen

Granitwerke in Seebach (Achertal)
Halbmeil (Kinzigtal)
*
Groß- u. Kleinpflaster
Granitschotter, Betonkies, Sand usw.
*
Telephon Kappelrodeck Nr. 207

Badische altkatholische Landesynode.
Die Vorlagen für die bevorstehende Tagung der Kirchenfeuervertretung (Voranschlag 1929/30 und vorbereitende Beschlüsse) liegen vom 26. Februar bis 13. März, mittags 12 Uhr, gemäß Artikel 18 des Landeskirchensteuergesetzes in der Kanzlei der Landesynode, Freiburg i. Br., Sternwaldstraße 33, zur Einsicht aller Beteiligten öffentlich auf.
Freiburg i. Br., den 23. Februar 1929.
Der Landesynodalrat: Kreuzer. Dr. Buchta.

Waldshut, O.603.
Handelsregistereintrag zur Firma „Gesellschaft für Holzstoffbereitung in Waldshut“; Dem Heinz Rindertnied in Waldshut ist Prokura erteilt zur kollektiven Zeichnung mit einem Delegierten des Verwaltungsrats oder der Zentraldirektion.
Waldshut, 9. Febr. 1929.
Bad. Amtsgericht.

Wolfsach, O.579.
Handelsregister A Bd. I D.-Z. 261, Fa. Gebr. Wolber in Schiltach; Die offene Handelsgesellschaft ist durch den am 1. 8. 1927 erfolgten Austritt des Gesellschafters Paul Wolber aufgelöst worden. Der Eintrag Nr. 3 wird dahin beichtigt, daß die Fortführung des Geschäfts und die der Firma nicht in der „bisherigen Rechtsform“ sondern „als Einzelkaufmann“ erfolgte. Die Firma ist geändert in Georg Wolber. Der Sitz der Firma ist nach Neßl verlegt.
Bad. Amtsgericht Wolfsach.

Waldshut, O.603.
Handelsregistereintrag zur Firma „Gesellschaft für Holzstoffbereitung in Waldshut“; Dem Heinz Rindertnied in Waldshut ist Prokura erteilt zur kollektiven Zeichnung mit einem Delegierten des Verwaltungsrats oder der Zentraldirektion.
Waldshut, 9. Febr. 1929.
Bad. Amtsgericht.

Colosseum

Täglich 8 Uhr
REVUE

Die Welt ohne Schleier
Preisgekrönt
Fräuenschnheiten

Badisches Landes-Theater

Dienstag, 26. Februar
*B 17 U.-Gem. 301-500

Schneider Jeps
von Lorenz
Dirigiert: Lorenz
Regie: Krauß
Mitwirkende:
Blanzl, Magda Strauß, Laufkötter, Derner, Felgitsch